

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Vorlage für kantonales Geoinformationsgesetz

Der Regierungsrat hat eine Vorlage für ein kantonales Geoinformationsgesetz zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Damit werden das neue Geoinformationsrecht des Bundes umgesetzt und die Bearbeitung und Nutzung der kantonalen und kommunalen Geodaten geregelt. Der Bund hat erstmals den gesamten Bereich der Geoinformation umfassend und nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt. Für die Geobasisdaten des kantonalen Rechts wird die bundesgesetzliche Regelung so weit wie möglich übernommen. Daneben werden die Zuständigkeiten und Kompetenzen im Geoinformationbereich sowie die Grundsätze der Kostentragung und die Gebühren geregelt.

Bei Geodaten und Geoinformationen handelt es sich um Daten und Informationen, welche die raumbezogenen Gegebenheiten eines Landes beschreiben – sei es durch Koordinaten, Ortsnamen, Postadressen usw. oder deren Kombination. Sie bilden die Basis für Planungen, Massnahmen und Entscheidungen mit räumlichem Bezug. Geoinformationen haben eine grosse und ständig zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung. Die landesweite Datenharmonisierung bringt für die auf Geodaten angewiesenen Stellen grosse Vorteile.

Als grundlegende Neuerung wird auf Bundesebene zudem ein gesamtschweizerischer Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (z.B. Nutzungsplanung, Lärmbelastung, belastete Standorte, Baulinien, Grundwasserschutz) eingeführt. Damit kann die Transparenz und Rechtssicherheit für die Grundeigentümer massgeblich verbessert werden. Die Kantone führen den Kataster und erhalten dafür Bundesbeiträge an den Betrieb. Als rein kantonale Neuerung ist die Errichtung eines Leitungskatasters vorgesehen. Er soll die unzähligen Leitungen für die Ver- und Entsorgung (Strom, Wasser, Gas, Telekommunikation usw.), wie sie namentlich in Siedlungsgebieten vorhanden sind, enthalten und abbilden.

Auf kantonalen Ebene sind die Datenmodelle der Geobasisdaten zu erstellen, die Organisation und Infrastruktur aufzubauen, sowie die Geobasisdaten des Bundesrechts und des kantonalen Rechts zu erheben bzw. anzupassen. Hinzu kommen die Arbeiten im Zusammenhang mit dem gesamtschweizerischen Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Die Vorlage führt zu jährlichen Mehrkosten beim Kanton von rund 350'000 Franken und bei den Gemeinden von insgesamt rund 100'000 Franken. Mit der zunehmenden Verfügbarkeit der Geobasisdaten wird der jährliche Aufwand kontinuierlich abnehmen. Bis zum Jahr 2020 dürfen sich die vom Kanton zu tragenden Kosten auf rund 100'000 Franken pro Jahr reduzieren.

Leistungsvereinbarung mit Christian Morgenstern Schule

Der Regierungsrat hat die zwischen dem Erziehungsdepartement und der Christian Morgenstern Schule abgeschlossene Leistungsvereinbarung genehmigt. Die neue Leistungsvereinbarung gilt wiederum für ein Jahr bis Ende Juli 2012.

Mit dem seit 2005 geltenden Sonderschulrecht können zur Erfüllung von Bedürfnissen, welche die öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons "Schaffhauser Sonderschulen" nicht abdeckt, mit

bewilligten privaten Sonderschulen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Christian Morgenstern Schule erbringt für den Kanton sonderpädagogische und pädagogisch-therapeutische Leistungen. In die Christian Morgenstern Schule werden Kinder mit einer geistigen Behinderung aufgenommen.

Erneuerung der Vereinbarung über interinstitutionelle Zusammenarbeit

Der Regierungsrat hat die zwischen dem kantonalen Arbeitsamt, der IV-Stelle und der kantonalen Arbeitslosenkasse einerseits und den Sozialen Diensten der Stadt Schaffhausen und von Neuhausen am Rheinflall abgeschlossene Vereinbarung über die interinstitutionelle Zusammenarbeit genehmigt. Damit wird die seit 2004 bestehende, erfolgreiche Zusammenarbeit weitergeführt.

Die Vereinbarung bezweckt die Förderung und Unterstützung der interinstitutionellen Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure der Arbeitsmarkt-, Sozialversicherungs- und Sozialpolitik auf kommunaler, regionaler und kantonomer Ebene. Zeitliche Verzögerungen zwischen den beteiligten Vollzugsstellen sollen vermieden, kundenfreundliche und administrativ schlanke Abläufe gefördert und die möglichst rasche und dauerhafte Wiedereingliederung erwerbsloser Personen in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt werden. Es wird eine aus Beratern der beteiligten Behörden zusammengesetzte interinstitutionelle Plattform betrieben. Die Vereinbarung regelt die Organisation der interinstitutionellen Zusammenarbeit.

Regierung erteilt Bewilligung für Etappe der MountainBIKE Trans Schwarzwald 2011

Der Regierungsrat bewilligt die Durchführung der 4. Etappe der VAUDE MountainBIKE Trans Schwarzwald 2011 durch Gebiete des Kantons Schaffhausen. Die 4. Etappe am 20. August 2011 führt von Donaueschingen nach Murg-Niederhof. Der Tour-Tross wird dabei die Gemeinden Schleithem, Oberhallau und Hallau durchfahren.

Regierung erteilt Bewilligung für TORTOUR 2011

Der Regierungsrat bewilligt die Durchführung der TORTOUR 2011 vom 11. bis 14. August 2011 durch Gebiete des Kantons Schaffhausen. Der Prolog findet am 11. August 2011 am Rheinflall statt. Die Zielankunft erfolgt am 13./14. August 2011 in Neuhausen am Rheinflall. Die Fahrer werden während der TORTOUR 2011 die Gemeinden Neuhausen am Rheinflall, Stein am Rhein und Rüdlingen durchfahren.

Ersatzwahl Alterskommission

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen vom Rücktritt von Herbert Maissen aus der Alterskommission.

Als neues Mitglied für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 wird Markus Kübler, Neuhausen am Rheinflall, gewählt.

Dienstjubiläen

Der Regierungsrat hat Markus Brütsch, Sekundarlehrer, Verena Schüpbach Broer, ISF Primarlehrerin, und Marianne Türkcan, Mitarbeiterin Zentralsterilisation bei den Spitälern Schaffhausen, die am 1. bzw. 12. August 2011 das 25-jährige Dienstjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 12. Juli 2011
bis und mit Nr. 26/2011
26/2011

Staatskanzlei Schaffhausen